

NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte als Angriffsfläche der extremen Rechten

Zusammenfassung des Einführungsvortrags von Sabine Reimann (15.09.2026)
Online-Vortragsreihe „Was steckt dahinter – Codes, Narrative und Ideologien erkennen und einordnen“
Zur Nutzung im Rahmen der Fortbildung „Haltung zeigen -sicher handeln“ - Bitte nicht an Dritte weitergeben!!!

Kurzzusammenfassung

NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind für die extreme Rechte in mehrfacher Hinsicht eine Angriffsfläche: Sie werden infrage gestellt, beschädigt, symbolisch besetzt, für eigene Zwecke instrumentalisiert und finanziell delegitimiert. Das ist aktuell und relevant, aber keineswegs neu. Neonazistische Gruppen, die AfD und neurechte Akteure verfolgen dabei unterschiedliche Strategien, die sich jedoch in einem gemeinsamen Ziel treffen: der Umdeutung und Verdrängung der Erinnerung an die NS-Verbrechen. Zugleich ist die Datenlage dünn, denn es gibt keine einheitliche Erfassung von Vorfällen an Gedenkstätten. Für die Praxis braucht es deshalb eine gemeinsame normative Grundlage, Wissen über Symbole und Narrative, Handlungssicherheit im Team und starke Netzwerke.

Relevante Narrative

Im Zentrum steht eine Geschichtspolitik, die den Nationalsozialismus dethematisieren, delegitimieren oder instrumentalisieren will. Im Bundestag fordert die AfD eine „grundlegende Neuausrichtung der deutschen Erinnerungskultur“: Statt um eine kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und der Shoa soll es um eine Erzählung nationaler Größe gehen, die eine „positive“, „deutsche“ Identität stiftet. Hinzu kommen Verzerrung und Desinformation, etwa die Behauptung, Hitler sei Kommunist gewesen, sowie offener Geschichtsrevisionismus. Die AfD beschreibt in ihrem Regierungsprogramm für Sachsen-Anhalt NS-Erinnerungskultur als „Verewigung eines Schuldkomplexes“ und als „Tradition der Traditionsvernichtung“. Typisch ist die apokalyptische Rhetorik von Vernichtung, Beraubung und Ausgeliefertsein, aus der sich ein Kampf ableitet, den angeblich nur die AfD führen kann. Der Faschismusforscher Roger Griffin nennt dieses Muster Palingenese: der Faschismus als nationalen Wiedergeburt nach einem konstruierten Untergang.

Extrem rechte Erzählungen bedienen unterschiedliche Topoi mit verschiedenen ideologischen Zielen: die Stärkung einer deutschen Identität (z.B. durch den Mythos um Hermann den Cherusker), eines völkischen Bewusstseins (z.B. Umdeutung von „Wir sind das Volk“ zu Volk als Abstammungsgemeinschaft); den Versuch, eine „ostdeutsche“ Identität mit DDR-Nostalgie bei gleichzeitigem Antikommunismus aufzuladen, die rassistische Idee eines „weißen, christlichen Abendlandes“ sowie bestimmte Erzählungen über die deutsch-russische Geschichte zur Stärkung einer prorussischen Außenpolitik. Die Relativierung des Holocaust durch die extreme Rechte zeigt sich z.B. im Begriff „Bomben-Holocaust“ für die Bombardierung Dresdens und setzt sich bis zur Leugnung fort. Auffällig ist schließlich die Instrumentalisierung: Die AfD nimmt an Gedenkveranstaltungen teil, legt Kränze nieder und inszeniert sich als ausgegrenzt, wenn sie abgewiesen wird. Ziel ist nicht die offene Ablehnung des Gedenkens, sondern entweder die

Normalisierung als Teil der demokratischen Parteienlandschaft oder eben die Skandalisierung eines vermeintlich antidemokratischen Ausschlusses.

Historischer Kontext und Kontinuitäten aus dem NS

Gedenkstätten wurden von Anfang an angegriffen. Sie entstanden nicht von oben, sondern wurden von Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager oft gegen erhebliche Widerstände von Staat und Ortsgemeinschaft erkämpft („Nestbeschmutzer“-Vorwurf). Die Überlebenden in Dachau rechneten bereits vor der Eröffnung damit, dass Menschen auftauchen würden, die die Wahrheit über die NS-Verbrechen nicht ertragen. Tatsächlich folgten Angriffe der Holocaustleugner, ein tätlicher Angriff auf einen Überlebenden und ein Prozess, in dem es zu einer Täter-Opfer-Umkehr kam.

Dazu gehören auch Anschläge: der Sprengungsversuch am Mahnmal in Bergen-Belsen (1977), der Sprengstoffanschlag der Deutschen Aktionsgruppen auf die Gedenkstätte am Bullenhuser Damm in Hamburg (1980) und die Brandstiftung an einer Baracke in Sachsenhausen (1992), die gezielt ausgewählt wurde, weil dort jüdische Häftlinge untergebracht waren. Die 1990er Jahre, die „Baseballschlägerjahre“, waren von neonazistischer Straßengewalt geprägt. In Buchenwald besuchte eine Gruppe ostdeutscher Skinheads auf dem Weg zu einem Konzert die Gedenkstätte, urinierte auf das Gelände und randalierte. Auch Täterorte wie Ordensburg werden von der extremen Rechten als „Kraftorte“, teils als mystisch-germanische Orte, umgedeutet und aufgeladen. In Dresden wird der Jahrestag der Bombardierung seit über zwei Jahrzehnten als „Trauertag“ umgedeutet, mit zeitweise europaweiter Bedeutung für die Szene.

Relevante Codes und Symbole

Orte selbst sind Symbole: Das Fackelträgerdenkmal auf Burg Vogelsang steht für das nationalsozialistische Ideal soldatischer Männlichkeit, die Wewelsburg als SS-Ordensburg für die „Kraftort“-Mystik, das Hermannsdenkmal für die völkische Nationalerzählung, die AfD und Identitäre Bewegung auf je eigene Weise besetzen. Neonazistische Gruppen wie der „Dritte Weg“, die Jugendorganisation der Kleinstpartei „Die Heimat“ (JN) oder sogenannte Active Clubs treten uniformiert oder verumumt auf; die Aktivisten bleiben aber häufig an Statur und Auftreten erkennbar. Tarnbezeichnungen wie „Dortmund verteidigen“ verschleiern die Zugehörigkeit zur JN. Dazu kommen Besuche mit anschließender triumphierender Dokumentation in sozialen Medien, die zeigen sollen, dass Schutzmaßnahmen umgangen werden können.

In sozialen Medien werden Alltagstrends für Holocaustrelativierung genutzt: Spiegelselfies im Fitnesskontext, „271.000 Schritte“ (in Anspielung auf eine verharmlosende Opferzahl statt sechs Millionen) oder zynische Captions wie ein Wortspiel mit tätowierten Keksen, das das Gedenken auf widerlichste Weise schändet. Auf den ersten Blick wirken sie harmlos, in Wahrheit sind sie eine Schändung des Gedenkens. Emojis, Symbole und Memes wechseln schnell; was vor wenigen Monaten gängig war, kann bereits veraltet sein. Als antisemitische Vorfälle im Erinnerungskontext erfassen RIAS-Stellen etwa Anne-Frank-Sticker, zerstörte Israelfahnen bei Gedenkveranstaltungen sowie beschädigte oder gestohlene Stolpersteine.

Begriffsklärung

Als NS-Gedenkstätten werden Orte bezeichnet, an denen Menschen ermordet oder gefoltert wurden und an denen deshalb gedacht wird, teils mit Friedhöfen. Erinnerungsorte sind Orte, an

denen nicht zwingend Tote zu betrauern sind, die aber im Kontext der NS-Geschichte erinnerungswürdig sind, etwa der ehemalige Düsseldorfer Schlachthof als Sammelstelle für Deportationen oder Burg Vogelsang als Täterort. Die Begriffe lassen sich teilweise synonym verwenden, und viele Orte sind beides; die Unterscheidung folgt nicht zwingend der Einteilung in Täter- und Verfolgtenorte. Mit Geschichtsrevisionismus ist die ideologisch motivierte Umdeutung der Geschichte gemeint, mit Relativierung die Verharmlosung, mit Leugnung die Bestreitung des Holocaust. Der Volksbegriff ist zu unterscheiden: Demos meint das Volk als Souverän, das durch Wahlen Macht überträgt, Ethnos das völkisch-abstammungsbezogene Volk. Der kriminalpolizeiliche Meldedienst zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) und die zivilgesellschaftlichen RIAS-Meldestellen erfassen Vorfälle nach unterschiedlichen Kriterien.

Aktuelle Relevanz und Gegenwartsbezug

Die Beispiele sind aktuell: ein „Wandertag“ der inzwischen aufgelösten Gruppe „Aachen Inferno“ auf Burg Vogelsang, ein Besuch von JN-Mitgliedern in der Wewelsburg, den sie öffentlich dokumentierten, der Besuch der Identitären am Hermannsdenkmal im Juli 2026 und die AfD, die das Denkmal im Wahlkampf als Mobilisierungsfeld nutzt, auch für ihre Jugendorganisation „Generation Deutschland“. Das Regierungsprogramm der AfD für Sachsen-Anhalt umfasst über 140 Seiten, mit einem langen Kapitel zu Geschichts- und Kulturpolitik. Gedenkstätten berichten von zerstochenen Autoreifen von Mitarbeitenden in Buchenwald (Februar), von wiederholten Beschädigungen in Hannover-Ahlem, vom AfD-Kranz bei einer Gedenkfeier mit anschließendem Rücktrittsverlangen an die Leiterin, von AfD-Stadträten, die an Angeboten teilnehmen wollten und die Abweisung in sozialen Medien instrumentalisierten, sowie von einer JN-Aktivistin im Bildungsangebot zum 9. November.

Die Datenlage ist lückenhaft. Es fehlt eine einheitliche Statistik. Die Polizeidaten (2019 bis 2023) erfassen politische Straftaten an Gedenkstätten, unterscheiden aber nicht zwischen NS-Gedenkstätten und anderen Denkmälern. Überwiegend wurden sie rechts motiviert eingeordnet, ein großer Teil ist nicht zuordenbar und viele Taten bleiben unaufgeklärt; es handelt sich meist um Sachbeschädigungen, oft mit Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, sowie um Volksverhetzung. Wo Tatverdächtige ermittelt wurden, waren es ausschließlich deutsche Männer. Zivilgesellschaftliche Stellen wie RIAS erfassen breiter, auch nicht strafbare Fälle; dort sank die Zahl 2025 leicht gegenüber 2024. In Nordrhein-Westfalen ist ein eigenes Monitoring für Vorfälle an Gedenkstätten geplant. Eine NRW-Studie zeigt zudem: Rechtsextremismus gilt als relevant, aber nur rund 30 Prozent der Gedenkstätten haben Gegenwartsbezüge in der Dauerausstellung, viele Fragen zur Umsetzung sind offen.

<https://www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief/detail/bildungsarbeit-von-ns-gedenkstaetten-und-erinnerungsarten-in-nrw-zum-thema-rechtsextremismus>

Gefahren

Die Bandbreite reicht von Anschlägen und Sachbeschädigungen über Einschüchterung des Personals bis zur schleichenden Normalisierung. Hinzu kommt die Gefahr, dass Rechtsextreme unerkannt an Bildungsangeboten teilnehmen oder Orte „erobern“ und das öffentlich zelebrieren. Die Instrumentalisierung kann Gedenkstätten in die Rolle bringen, entweder als ausgrenzend dazustehen oder Rechtsextremen eine Bühne zu bieten. Dazu kommen Holocaustleugnung und -relativierung in sozialen Medien, die schnell und anschlussfähig verbreitet werden, sowie finanzielle und politische Risiken: Wo die AfD Regierungsverantwortung trägt, könnten Mittel gekürzt und Geschichtspolitik stärker beeinflusst werden. Und schließlich sind Betroffene von Antisemitismus und Rassismus in

Gruppen gefährdet, wenn menschenfeindliche Äußerungen unwidersprochen bleiben.

Handlungsempfehlungen

Hilfreich ist zunächst eine normative Grundlage, etwa Hausordnung oder Satzung, die gemeinsam im Team erarbeitet wird. Der Verständigungsprozess selbst stärkt die Haltung, und er klärt, wie man mit Besuchenden umgeht, die man fernhalten möchte. Das gilt für Gedenkstätten ebenso wie für Vereine oder Bildungseinrichtungen. Dazu gehören politische Argumentations- und Handlungsstrategien, auch für subtilere Geschichtsnarrative, und Handlungssicherheit: Wer Menschen auf antisemitische Äußerungen hin ansprechen oder zum Gehen auffordern muss, braucht die Gewissheit, dass die Institution hinter ihm steht. Besonders prekär Beschäftigte brauchen diesen Rückhalt.

Die mobilen Beratungen arbeiten mit einem Dreiklang, der mit dem Erkennen beginnt: Wer Symbole und Gruppierungen kennt (etwa den „Dritten Weg“), kann benennen und intervenieren. Dazu gehört auch, in sozialen Medien auf dem Laufenden zu bleiben. Wichtig sind außerdem Selbstorganisation und Netzwerke, formell oder informell, bis hin zu gewerkschaftlicher Organisation, Bündnisse, öffentliche Positionierung und demokratiefördernde pädagogische Konzepte. Partnerschaften, etwa mit Schulen in Sachsen-Anhalt, helfen, dass sich Menschen weniger alleingelassen fühlen. Nach innen gehört Selbstreflexion dazu und die Sensibilität für Betroffenenperspektiven: zuhören, ernst nehmen, nicht bagatellisieren, schützen und echtes Empowerment statt Bevormundung ermöglichen.

Spezialaspekt: Spannungsfelder der Gedenkstättenarbeit

Gedenkstätten müssen mehrere Ansprüche vereinbaren, die Ambivalenzen erzeugen und von den Mitarbeitenden und Engagierten vor Ort diskutiert und bearbeitet werden müssen. NS-Gedenkstätten sollen Würde der Verfolgten und Ermordeten schützen und das Gedenken an die Toten bewahren. Zugleich wollen sie als Lernorte offene Orte sein, an denen kritische Fragen und Diskussionen möglich sind, in denen auch problematische Aussagen fallen. Pädagogisch braucht es Fehlerfreundlichkeit um Lernen zu ermöglichen, gleichzeitig braucht es „Rote Linien“ um vor Diskriminierung schützen („Safe Space“ vs. offener Ort). Eine umfassende Hausordnung und Schutzkonzepte bieten (Handlungs-)Sicherheit, können aber kollidieren mit dem Wunsch, Lernorte nicht autoritär zu verregeln. Und weil Gedenkstätten im staatlichen Auftrag arbeiten und öffentlich gefördert werden, können politische Kräfteverhältnisse Einfluss auf ihre Arbeit haben.

Abschlussstatement

Wo es eine starke Zivilgesellschaft und viele demokratische Akteure gibt, haben antidemokratische Strukturen es schwerer, Fuß zu fassen. Solidarität und Zeichen des Mitgefühls helfen Betroffenen nachweislich, auch im digitalen Raum. Engagement macht zudem zufriedener, als etwas nur auszuhalten. Kräfteverhältnisse sind veränderbar: Dass das Erinnern an Shoah und NS-Verbrechen heute selbstverständlich erscheint, ist das Ergebnis der Beharrlichkeit sozialer Bewegungen von unten, und es lässt sich verteidigen.